

Fraktions-Briefing

Aktuelle politische Lage

Die internationale Lage bleibt überaus ernst – die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten verlieren nicht an Intensität. Die Herausforderungen sind groß. Gerade mit Blick auf den Krieg im Iran merken wir: Wir sind nicht beteiligt, aber wir spüren die Folgen – Spritpreise auf Rekordniveau und steigende Lebenshaltungskosten. Das belastet viele Bürgerinnen und Bürger.

Deswegen beschließen wir in dieser Woche das Kraftstoffmaßnahmenpaket. Weiterhin tagt die Taskforce "Wirtschaftliche Auswirkungen des Iran-Krieges" in dieser Woche erneut und wird beraten, ob und welche weiteren Maßnahmen notwendig sind. Wir behalten die Entwicklungen fest im Blick.

Außerdem treffen wir weitere wichtige Entscheidungen im Deutschen Bundestag, u.a. zur privaten Altersvorsorge, zur Organspende oder zum Verfahren für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Wir ergreifen Maßnahmen gegen hohe Spritpreise

Nach nur einer Woche haben wir das **Gesetz zur Einführung eines Gesetzes zur Anpassung von Kraftstoffpreisen und zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen** beschlossen. Damit reagieren wir sehr zügig auf die stark gestiegenen Spritpreise. Mit diesem „Kraftstoffmaßnahmenpaket“ werden wir zum einen die Häufigkeit der Preisänderungen einschränken (sog. österreichisches Modell). Tankstellen dürfen nur noch einmal am Tag, um 12 Uhr, ihre Preise für Kraftstoffe erhöhen. Dagegen sind Preissenkungen jederzeit zulässig. Zum anderen werden wir die Missbrauchsaufsicht im Kraftstoffgroßhandel durch eine Umkehrung der Darlegungs- und Beweislast zugunsten der Kartellbehörden verschärfen und die Sektoruntersuchungen wirksamer machen. Damit wollen wir den Wettbewerb auf dem Kraftstoffgroßhandelsmarkt stärken.

Wir stärken die private Altersvorsorge, indem wir in dieser Woche eine grundlegende Reform der Riester-Rente beschließen. Damit setzen wir auch einen weiteren Baustein unseres Rentenpakets I um. Dabei legen wir einen klaren Schwerpunkt auf die Chancen des Kapitalmarktes, um die Sparer in Deutschland stärker zu Investoren zu machen und

auch Bezieher von geringen und mittleren Einkommen besser an den – über lange Zeiträume betrachtet – positiven Entwicklungen am Kapitalmarkt teilhaben zu lassen. Den Fokus auf Rendite unterstreichen wir mit dem erstmaligen Angebot eines Depots ohne renditemindernde Beitragsgarantien, dem Wegfall der Pflicht zur Verrentung des angesparten Kapitals, der Senkung und stärkeren Verteilung der anfallenden Kosten und einer Steigerung der Attraktivität der staatlichen Förderung. Um auch Unerfahrene an den Kapitalmarkt heranzuführen, eröffnen wir die Möglichkeit eines von einem öffentlichen Träger angebotenen Standarddepots, das zudem die Verknüpfung mit der Frühstart-Rente vereinfacht. Diese werden wir noch in diesem Jahr beschließen. Ganz besonders wichtig war uns, endlich die Gruppe der Selbständigen in die Riester-Rente aufzunehmen. Mit ihrer Aufnahme erkennen wir gleichermaßen den immens wichtigen Beitrag an, den diese Leistungsträger jeden Tag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft erbringen. Die vorliegende Reform geht in ihrer positiven Wirkung aber über den Einzelnen noch hinaus: Indem wir dazu beitragen, Spareinlagen am Kapitalmarkt zu investieren, steht zusätzliches Kapital für Innovationen und damit für Wachstum zur Verfügung.

Wir verbessern die Möglichkeiten erfolgreicher Transplantationen

Neben der Erweiterung des Kreises der Organspenderinnen und -spender sowie der Organempfängerinnen und -empfänger, schaffen wir mit der Zustimmung zum Transplantationsgesetz insbesondere die rechtlichen Grundlagen und die notwendigen Strukturen, um in Deutschland ein nationales Programm für die Überkreuzlebendnierenspende aufbauen zu können. Damit erhöhen wir speziell bei hoch immunisierten Patientinnen und Patienten die Wahrscheinlichkeit, ein passendes Organ zu erhalten. Gleichzeitig stärken wir insbesondere den Spenderschutz und gewährleisten eine umfassende und angemessene ärztliche Aufklärung. Im Gesetzgebungsverfahren haben wir erreicht, dass noch mehr Spender-Empfänger-Paare in das Überkreuzlebendnierenspende-Programm aufgenommen werden können.

Wir schaffen bessere Rahmenbedingungen und schnellere Verfahren für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen werden wir die Fachkräfteengpässe im Gesundheitswesen verringern und stellen gleichzeitig die Patientensicherheit weiterhin sicher. Das Gesetz umfasst die Berufe Arzt, Zahnarzt, Apotheker sowie Hebammen. Die Regelungen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen werden in den jeweiligen Berufsgesetzen neu strukturiert. Für Personen mit einer ärztlichen, zahnärztlichen oder pharmazeutischen Berufsqualifikation aus einem Drittstaat wird die direkte Kenntnisprüfung zum Regelfall. Dies entlastet antragstellende Personen wie auch die zuständigen Stellen der Länder gleichermaßen.

Wir stärken unsere Krisen-Resilienz und entlasten Unternehmen von Bürokratie

Mit dem Beschluss des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2748 in Bezug auf Notfallverfahren aufgrund eines Binnenmarkt-Notfalls bei Gasgeräten und Persönlicher Schutzausrüstung (PSA) setzen wir eine EU-Verordnung um, mit der das anhaltende Funktionieren des Binnenmarkts - insbesondere die Verfügbarkeit von krisenrelevanten Waren - für Notfallverfahren bei Gasgeräten und PSA aktualisiert wird.

Gleichzeitig reformieren wir mit diesem Gesetz die Regelungen zu Sicherheitsbeauftragten: In Unternehmen mit regelmäßig mehr als 20 und weniger als 50 Beschäftigten hat der Unternehmer künftig nur dann einen Sicherheitsbeauftragten zu bestellen, wenn eine besondere Gefährdung für Leben und Gesundheit besteht. Nach der bisherigen Regelung mussten ab 20 Beschäftigte grundsätzlich Sicherheitsbeauftragte bestellt werden. Damit entlasten wir gerade kleinere und mittelgroße Unternehmen.

Vom Datensilo zur Datenökonomie – so entsteht digitale Souveränität

Mit der 2./3. Lesung zur Durchführung des Data Acts setzen wir die europäischen Regelungen so um, dass Daten in der Praxis endlich da ankommen, wo sie gebraucht werden. Denn wer Daten erzeugt, muss sie auch nutzen können – und zwar sicher und ohne bürokratische Umwege. Wir stärken den Zugang zu Industriedaten und steigern somit unsere Wettbewerbsfähigkeit im digitalen Zeitalter.

Außerdem verabschieden wir in dieser Woche das Daten-Governance-Gesetz in 2./3. Lesung zur Durchführung der EU-Verordnung über europäische Daten-Governance. Damit schaffen wir Mechanismen, um die Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten des öffentlichen Sektors (wie bei Forschungsdatenzentren) zu vereinfachen und das Vertrauen im Datenaustausch zwischen Unternehmen zu stärken. So ordnen wir den Datenraum, damit aus Potential tatsächlich Wertschöpfung wird.

Mit dem Beschluss des **Intelligente-Verkehrssysteme-Gesetzes** wird die Grundlage für eine moderne, vernetzte und nachhaltige Mobilität in Deutschland geschaffen. Ziel ist es, Verkehrsdaten frei verfügbar zu machen und intelligente Verkehrssysteme rechtssicher und effizient zu gestalten. Das Gesetz bringt konkrete Vorteile für Bürgerinnen und Bürger: Echtzeitinformationen zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Baustellen, Ladeinfrastruktur und Sharing-Angeboten werden künftig zentral, einheitlich und leicht zugänglich über den Nationalen Zugangspunkt bereitgestellt. Das verbessert die Verkehrsplanung, fördert Innovationen und trägt zu einer umweltfreundlicheren Mobilität bei.

Kabinett

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung in dieser Woche den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Rechte von Verletzten, insbesondere durch schwere Gewalt- und Sexualstraftaten, auf psychosoziale Prozessbegleitung beschlossen. Das Ziel des Gesetzesentwurfs ist es, dass Betroffene von schweren Straftaten im Strafverfahren leichter professionelle Unterstützung erhalten können.

Das Kabinett beschloss weiterhin u.a. den Gesetzentwurf zur Förderung des Spitzensports und Errichtung der Spitzensport-Agentur. Im Koalitionsvertrag wurde ein echter Paradigmenwechsel in der Spitzensportförderung vereinbart. Die Reform der Spitzensportförderung – deren Kernelement dieses Sportfördergesetz bildet – zielt darauf ab, den Spitzensport in Deutschland wieder attraktiver, international wettbewerbsfähiger und zukunftsfest auszugestalten.

Neben weiteren Gesetzesinitiativen wurde auch das Klimaschutzprogramm 2026 verabschiedet. Die Bundesregierung ist gemäß Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) dazu verpflichtet, innerhalb von zwölf Monaten nach Beginn einer Legislaturperiode ein Klimaschutzprogramm zu beschließen, das im Einklang mit den im KSG definierten Klimazielen steht.

Weitere Informationen zu den Kabinettsitzungen finden Sie [hier](#).

Zitate der Woche

Jens Spahn:

„Steigende Energiepreise, höhere Kosten im Alltag, das belastet viele Familien. (...) Ich verstehe gut, dass sich viele fragen, wie das alles bezahlbar bleiben soll. Deshalb bringen wir in dieser Woche das Kraftstoffmaßnahmenpaket auf den Weg (...), schärfen das Kartellrecht, führen das österreichische Modell ein und unsere Taskforce wird auch in dieser Woche weiter beraten.“

„Wachstum und Zuversicht für unser Land: Ich bin sehr sicher, wenn wir gemeinsam, Union und SPD, Lösungen finden, Entscheidungen treffen, dann hilft uns das mehr, als dass wir uns jetzt mit uns selbst beschäftigen. (...) Die Bürgerinnen & Bürger wollen, dass wir entscheiden.“

Alexander Hoffmann:

„Der Rechtsstaat muss die Menschen schützen, nicht nur in der analogen, sondern auch in der digitalen Welt. Wir fordern die Bundesjustizministerin auf, endlich ein umfassendes digitales Gewaltschutzgesetz vorzulegen, so wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.“

Wer sich zum Fraktionsbriefing anmelden oder abmelden möchte, kann sich gerne mit einer entsprechenden E-Mail an fraktionsbriefing@cducsu.de wenden.